

Fremdbestimmung

Serbien: EU erklärt sich zum Wahlsieger

Von Werner Pirker

Die Europäische Union und ihr Mann in Belgrad wännen sich als die absoluten Sieger der serbischen Parlamentswahlen. Präsident Boris Tadic, dessen Demokratische Partei an die 39 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, sieht im Wahlergebnis die »Unterstützung für einen klaren europäischen Weg«, und auch die slowenische EU-Präsidentschaft konstatierte eine »klaren Sieg der proeuropäischen Kräfte«. Und weil alles so klar ist, brachte Ljubljana gleich auch noch Brüssels Wunsch nach der »raschen Bildung einer Regierung mit einem klaren europäischen Programm« zum Ausdruck. Damit klar ist, wie es um Serbiens Souveränität künftig bestellt sein wird.

Dabei ist gar nichts klar. Das Lager der Unterwerfung hat einen fast vierzigprozentigen Wählerzuspruch erfahren. Die Kräfte der nationalen Selbstbehauptung aber wissen immer noch die Mehrheit der serbischen Bevölkerung hinter sich. Die serbischen Radikalen, Kostunicas Demokratische Partei Serbiens und die von Slobodan Milosevic gegründete Sozialistische Partei Serbiens könnten, wenn sie das auch wollten, die Regierung bilden und die Tadic-Partei in die Opposition zwingen. Die Voraussetzung für ein solches Szenario wäre die Bereitschaft Kostunicas, sich dem westlichen Diktat offen zu widersetzen. Wie die prompte Reaktion der EU-Präsidentschaft deutlich gemacht hat, wird Brüssel – und Washington nicht minder – nur eine Regierung anzuerkennen bereit sein, die sich programmatisch zur Unterordnung verpflichtet. Die Fremdherrschaft über die serbische Demokratie findet ihre interne Entsprechung in den diktatorischen Allüren eines Präsidenten, der nur eine von seiner Partei geführte Regierung akzeptieren will und deshalb erklärte: »Die Bildung einer Regierung von Parteien, die Serbien in die Isolation führen möchten, werde ich absolut nicht zulassen.«

Das sind Worte, die auch eine Gewaltlösung nicht ausschließen. Daß der Westen zu einer solchen bereit und auch imstande ist, hat der Bombenkrieg 1999 hinreichend bewiesen. Die EU-Politik gegenüber Belgrad ist die Fortsetzung der NATO-Aggression. Serbien wurde als einzigem Land die Preisgabe seiner territorialen Integrität als Aufnahmebedingung für seine EU-Mitgliedschaft diktiert. Dennoch verbinden an die 40 Prozent der serbischen Wählerschaft mit dem »europäischen Weg« Aufstieg und nicht Abstieg. Sie erhoffen sich Anschluß an die europäischen Wohlstands- und Leistungsgesellschaften, obwohl Serbiens europäische Perspektive bisher nur im nationalen Zerfall bestand. Noch bevor Serbien in der EU ist, ist die EU bereits in Serbien – als illegale Besatzungsmacht im Kosovo.

Und sie wird sich auch den Sieg bei den Parlamentswahlen nicht nehmen lassen. Allein Kostunica könnte ihn ihr, wäre er zur Bildung einer Regierung der patriotischen Mehrheit bereit, streitig machen. Doch dazu müßte er die äußerste Konfrontation wagen.

junge Welt 13.05.2008